



BERLINER

EINBLICKE #104

FÜR KÖLN, FÜR SIE.

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

Anfang Juli 2021

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Ich bin froh, dass wir während der letzten Sitzungswoche mit dem Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrecht „mein“ letztes Projekt des Koalitionsvertrages erfolgreich beschließen konnten – und dann auch noch mit einem rechtspolitischen Jahrhundertwerk. Aber lesen Sie mehr hierzu im Rundumblick. Für meine Berichterstattungen, also die Themen, die ich für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Koalitionspartner und den jeweiligen Ministerien verhandeln durfte, darf ich nun „Vollzug melden“ - alle Projekte sind erfolgreich beendet und umgesetzt.

Von Ihnen möchte ich mich mit den Worten verabschieden, mit denen ich auch meine voraussichtlich letzte Rede im Deutschen Bundestag beendet habe, hier für Sie als Auszug aus dem Plenarprotokoll:

„Für mich ist das heute die letzte Rede im Deutschen Bundestag.

(Stephan Thomae (FDP): Oh!)

Ich möchte mich deshalb bei allen Rechtspolitikern - natürlich in erster Linie bei den Kollegen Rechtspolitikern meiner Fraktion - für die wirklich gute Zusammenarbeit in den letzten acht Jahren und insbesondere in den letzten jetzt bald zwei Jahren, in denen ich den Vorsitz des Rechtsausschusses innehatte, bedanken. Herzlichen Dank!

(Beifall im ganzen Hause)

Ich möchte zur Arbeit des Unterausschusses Europarecht, der sozusagen ein bisschen im Verborgenen geblüht hat - Patrick Sensburg, der eben gesprochen hat, war mein Vorgänger in der Funk-



tion des Vorsitzenden des Unterausschusses -, einige Bemerkungen machen und Ihnen einige Anregungen für die nächste Legislaturperiode mitgeben; denn die Arbeit im Unterausschuss Europarecht - dort haben wir die Arbeit der Bundesregierung im Ministerrat letztlich überwacht - hat eine zentrale Bedeutung für die europäische Integration.

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass wir früher auf das einwirken - und umgekehrt Informationen darüber bekommen -, was in Brüssel passiert. Wir sind konkret einen Schritt gegangen, weil wir das Gefühl hatten, dass wir bisher zu wenig getan haben: Wir haben ein Verfahren eingeführt, durch das wir die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs beobachten und begleiten können. Das ist ein Punkt, bei dem wir ganz aktiv nach vorne gegangen sind - letztlich auch, um die Integrationsverantwortung, deren Einhaltung das Bundesverfassungsgericht von uns verlangt, tatsächlich mit Leben zu erfüllen.

Aber es ist noch mehr zu tun. Wir haben uns deshalb an den Bundestagspräsidenten und an den Vorsitzenden des Europaausschusses gewandt, um zu sagen: In der nächsten Legislaturperiode muss das bitte umgesetzt werden. - Ich nenne das mal die Nachberichterstattung; denn wir wissen aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, dass in Brüssel natürlich noch viel mehr über die Art und Weise der Umsetzung geredet wird, dass es dann Empfehlungen und Vergleiche mit anderen Ländern gibt und dass wir Abgeordnete vieles davon gar nicht erfahren. Unser Anspruch ist, diese Informationen zu bekommen, um eine bessere Entscheidung treffen zu können. Daran sollten wir in der Zukunft gemeinsam arbeiten.

Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, meiner Familie zu danken, die diese acht Jahre mitgetragen hat. Wenn man hier über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie redet, dann muss man auch sagen - wie viele Stunden sind wir jetzt am Beraten? -: Das hier ist nicht familienfreundlich. - Das sollte man auch in Erinnerung rufen. - Herzlichen Dank! Meine Kinder sitzen dort oben.

(Beifall im ganzen Hause - Stephan Thomae (FDP): Um diese Zeit? Die gehören ins Bett! - Dr. Fritz Felgentreu (SPD): Weiß das das Jugendamt?)

- Die sind in diesen acht Jahren älter geworden; das muss man dazusagen.

(Gabriele Katzmarek (SPD): Na, du zum Glück nicht!)

Jetzt dürfen sie das; anfangs durften sie das nicht.

Ein Dank gilt auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - zwei sitzen auch auf der Tribüne - hier in Berlin und in Köln.

(Zuruf von der SPD: Sind das Überstunden?)

Ich möchte ganz herzlich den Kölnerinnen und Kölnern danksagen, die mich zweimal in meinem Kölner Wahlkreis gewählt, mir das Vertrauen ausgesprochen und dadurch die Möglichkeit gegeben haben, hier in ihrem Sinne zu arbeiten. Herzlichen Dank!

(Beifall im ganzen Hause - Abg. Manfred Grund (CDU/CSU), Mechthild Rawert (SPD) und Dr. Franziska Brantner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erheben sich)“

Machen Sie es gut, vielen Dank und für all diejenigen, denen es auch etwas bedeutet, Gottes Segen!

Ihr 

Augenblick



Auch im Sommer für Sie erreichbar

Der Volksmund spricht zwar von „Sommerpause“, aber tatsächlich steht für den Deutschen Bundestag bis September nur eine sitzungsfreie Zeit an. Parlamentarier sind sozusagen immer im Dienst und könnten innerhalb kurzer Zeit zu Sondersitzungen nach Berlin gerufen werden. Vielsagend verabschiedet der Bundestagspräsident die Abgeordneten auch gerne mit dem Satz: „Fahren Sie aber nicht zu weit weg. Wer weiß, wann ich Sie zurückrufe.“

Deshalb steht Ihnen natürlich das Büro von Heribert Hirte weiterhin als Ansprechpartner bereit, die 19. Legislaturperiode endet erst mit der Konstituierung eines neuen Bundestages.

Die Kontaktdaten des Büros Hirte sind wie altbekannt:

Telefon:
030 227 77830

E-Mail:
heribert.hirte@bundestag.de




Ihnen wünschen wir einen sonnenreichen und gesunden Sommer!

Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 77830

Bürgerbüro:
Aachener Straße 227
50931 Köln
Tel.: 0221 / 589 86 762

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de

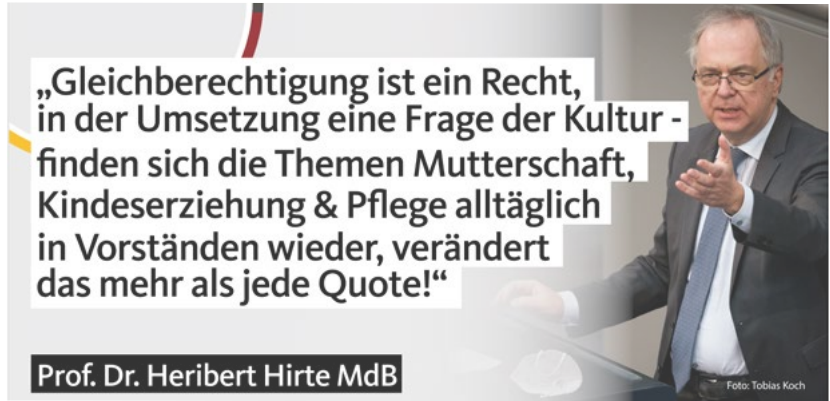
 [Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.de/HHirte)  [@HHirte](https://www.instagram.com/HHirte)  www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Auszeiten auch für Vorstände – ein Kulturwandel im Sinne der Familien

Es sind seltene Momente im politischen Alltag, in denen aus einer Initiative ein Gesetz wird, obwohl diese Idee in keinem Koalitionsvertrag feststeht, durch keine Krise verursacht wurde oder eine Verpflichtung für den Gesetzgeber durch das Verfassungsgericht oder die Europäische Kommission besteht. Nach emotionalen Redebeiträgen und der offiziellen Abstimmung steht nun fest, dass #stayonboard im Zuge der Neuregelung des „Führungspositionen Gesetz II“ geltendes Recht wird. Und das, obwohl das Thema im Koalitionsvertrag überhaupt nicht vorgesehen war. Das ist ein großartiger Erfolg für die Initiative #stayonboard, die die Unternehmerin und Publizistin Verena Pausder begründete, und für Heribert Hirte, der für diesen Themenbereich für die CDU/CSU-Fraktion im Rechtsausschuss zuständig ist und seit zwei Jahren mit Pausder gemeinsam für diese Initiative gekämpft hat.

Was gilt nun künftig? Die Beschlussvorlage sieht vor, dass Vorstandsmitglieder und GmbH-Geschäftsführer Anspruch auf familiär bedingte Auszeiten haben. Darunter fallen Mutterschutz, Elternzeit, Pflege eines Familienangehörigen und Krankheit des Vorstandsmitglieds. Während der Zeit der Abwesenheit ist das Vorstandsmitglied von allen



Pflichten und der Organhaftung für jegliches Tun und Unterlassen während der Auszeit befreit. Durch diese Regelung wird eine Gesetzeslücke geschlossen, die zu rechtlich fragwürdigen Individuallösungen oder zum unausweichlichen Rücktritt vom Mandat geführt hatte.

Hirte stellte in seiner Rede im Plenum des Deutschen Bundestages heraus, dass die Vereinbarkeit mit der Familie auch in Vorständen eine Signalwirkung in die Unternehmen und die Arbeitswelt haben wird. Wenn Diversität auch in Vorstandsrunden zur gelebten Norm wird, schöpfen wir als Gesellschaft das volle Potenzial aus, das unsere Wirtschaft hat. Dafür ist die Initiative #stayonboard ein wichtiger Baustein.

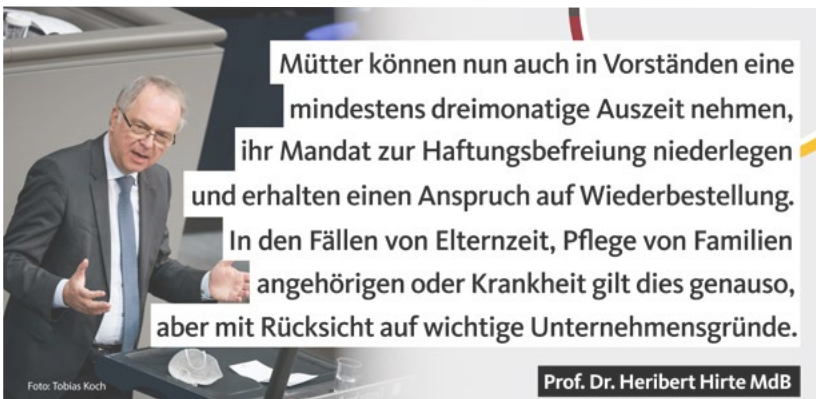
Die Modernisierung des Personengesellschaftsrechts – Heribert Hirtes voraussichtlich letzte Rede im Deutschen Bundestag

Mit rundum viel Lob durch die Sachverständigen hat die Große

Koalition in der letzten Sitzungswoche dieser Legislaturperiode das „Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrecht (MoPeG)“ auf den Weg gebracht. Die wissenschaftliche Diskussion hierzu läuft bereits seit 2001 und die Umsetzung war ein Mammutprojekt für den Gesetzgeber. Heribert Hirte, als zuständiger Berichterstatter federführend in der Arbeit an dem Gesetz für seine CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sprach in seiner Rede im Deutschen Bundestag von „einem Jahrhundertwerk.“ Weiter sagte der Kölner Abgeordnete: „Denn wir gehen in einem zentralen Punkt an das BGB heran – im Personengesellschaftsrecht, das seit 120 Jahren praktisch nicht verändert wurde.“

Für die hohe Qualität des Gesetzesentwurfes sprach auch, dass alle im Bundestag vertretenen Fraktionen dem Gesetzesentwurf zustimmten. Das Gesetz wird nun entgegen dem ursprünglichen Entwurf am 1. Januar 2024 in Kraft treten. Dies erfüllt den Wunsch der Bundesländer, die ausreichend Zeit für die technisch-organisatorische Umsetzung des neuen Gesellschaftsregisters benötigen.

Das Gesetz reformiert vor allem die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die es fortan in drei Varianten geben wird. Nun besteht erstmals seit 2001 Rechtssicherheit für die GbR, deren Verfasstheit sich nun wieder unmittelbar aus dem BGB ergibt. Hirte hierzu: „Das schafft



Klarheit für Unternehmer, Rechtssicherheit für Anwender und entlastet beispielsweise das Handwerk von alltäglichen bürokratischen Unsicherheiten. Und als positiven Nebeneffekt macht das MoPeG das Gesellschaftsrecht nun leichter für die juristische Ausbildung zugänglich.“

Im Vorfeld gab es Bedenken einzelner Sachverständiger, die mit dem MoPeG verbundene Totalabkehr vom sogenannten Gesamthandsprinzip könnte aus verfassungsrechtlichen Gründen die Anerkennung der sogenannten transparenten Besteuerung von Personengesellschaften gefährden. Um diese Bedenken auszuräumen, hat Heribert Hirte [ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages](#) beauftragt. Dieses bestätigt die geäußerten Sorgen nicht.

Auch erweitert das MoPeG den Zugang zu Personenhandels-gesellschaften für neue Gruppen, diese Gesellschaftsform steht: „fortan auch für freie Berufe offen, sofern es das Berufsrecht auch zulässt. Das ist eine Antwort auf die unternehmerische Realität von heute“, erklärte Hirte zum Abschluss.

Mit dem MoPeG konnte Heribert Hirte auch das letzte noch offene Projekt, für das er innerhalb seiner Berichterstattung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verantwortlich war, erfolgreich abschließen. Durch die Corona-Krise und die damit verbundenen gesetzgeberischen Maßnahmen, eigenen Initiativen wie Stayonboard oder seine Mitarbeit an der Reform der Organhilfe konnte Heribert Hirte damit weit über seinen Zuständigkeitsbereich hinaus die Politik der Großen Koalition maßgeblich mitgestalten. Dafür brachten Hirte zahllose Kolleginnen und Kollegen in der letzten Woche die entsprechende Anerkennung entgegen. Durch Hirtens Abgang verliert die CDU/

Kurzfassung der Erkenntnisse des Wissenschaftlichen Dienstes:

Wesentliche (strukturelle) Unterschiede zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften:

persönliche Haftung vs. Beschränkung der Haftung auf das Gesellschaftsvermögen
feste Bindung des Gesellschaftsvermögens an Gesellschafterbestand vs. vom Gesellschafterbestand unabhängige Vermögensmasse

-> MoPeG soll daran nichts ändern

Das Grundgesetz erkennt den Dualismus in Art. 106 Abs. 3 S. 1 GG ausdrücklich an.

Der Gesetzgeber hat bei Auswahl des Steuergegenstandes einen weit reichenden Ermessensspielraum.

CSU-Bundestagsfraktion nun einen versierten Rechtspolitiker, fraktionsübergreifend anerkannten und überzeugten Europäer und ein inhaltliches Zugpferd fest verankert im christlichen Leitbild seiner Partei. Und auch für den Wahlkreis und die Stadt Köln geht ein zentraler Ansprechpartner in der Bundespolitik verloren.

Im Gespräch mit dem Schweizer Nationalrat

Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und der Schweiz über ein sogenanntes „Institutionelles Rahmenabkommen EU-Schweiz“ sind gescheitert. Wäre dieses Abkommen zustande gekommen, hätte es eine dynamische Übernahme von EU-Recht in das Schweizer Recht vorgesehen. Die Gespräche wurden aber Ende Mai vom Schweizer Bundesrat einseitig beendet.

Als kommissarischer Vorsitzender des Rechtsausschusses und Vorsitzender des Unterausschusses Europarecht hatte der Schweizer Nationalrat Heribert Hirte angefragt, ob dieser referieren könnte, wie der Deutsche Bundestag die Gesetzgebung auf europäischer Ebene begleitet, aber Initiativen auch im Anschluss umsetzt. Hirtens Grundausage hierzu: „Von selbstbewussten und konstruktiven Parlamenten lebt Europa!“

Unternehmen von nun an online gründen

Der Deutsche Bundestag hat das Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie beschlossen. Durch das Gesetz werden zahlreiche neue digitale Leistungen auf den Weg gebracht. So wurde allem voran die Möglichkeit zur Online-Gründung von GmbHs geschaffen. Ferner ermöglicht das Gesetz die digitale notarielle Beurkundung mittels Videokommunikation. Auch die Eintragung von Zweigniederlassungen von Unternehmen sowie die Einreichung von Urkunden und Informationen können nun vollständig online erledigt werden. Heribert Hirte und Tankred Schipanski, beide für die Gespräche mit der SPD zuständig, kritisierten allerdings: „Weitere Digitalisierungsschritte - wie beispielsweise die Einbeziehung von Personenhandels-gesellschaften und Genossenschaften in den Anwendungsbereich des notariellen Verfahrens für Online-Beurkundungen - waren derzeit nicht durchsetzbar. Diese Punkte schreiben wir jedoch für die nächste Legislaturperiode ganz oben auf die To-do-Liste.“

Dennoch lobte Hirte das Gesetz insgesamt: „Mit der Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie gehen wir einen weiteren kleinen, aber bedeutsamen Schritt in der Digitalisierung des Gesellschaftsrechts. Videobasierte Beurkundungsverfahren leisten

einen großen Beitrag zur Beschleunigung und Entbürokratisierung des Gründungsvorgangs und passen die GmbH-Gründung an die Unternehmensrealitäten an.“ Mit dem DiRUG werden auch weitere gesellschaftsrechtliche Vorschriften angepasst. Künftig

den. Dieser praxisferne Flickenteppich an Vorgaben ist einzig dem BMJV zuzurechnen.“

[Die Pressemitteilung von Tankred Schipanski und Heribert Hirte finden Sie auf der Seite der CDU/CSU Bundestagsfraktion.](#)

len rechtspolitischen Themen. Pohlmann und Hirte tauschten sich unter anderem über die Ergänzung des Art. 3 GG um das Merkmal der sexuellen Identität aus. Ein Thema, das auch in der nächsten Legislaturperiode auf der politischen Agenda stehen wird.



werden Bestellungshindernisse für Mitglieder von Geschäftsleitungsorganen grenzüberschreitend stärker berücksichtigt. Daneben werden die Publizitätsvorschriften, insbesondere zum Handels- und Unternehmensregister, verschlankt.

Die Mutlosigkeit des SPD-geführten Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) in diesem Gesetzgebungsverfahren monierte aber auch Hirte noch einmal: „Dadurch waren eine Erstreckung der neuen Verfahren auf andere Gesellschaftsrechtsformen und auf andere beurkundungspflichtige Sachverhalte wie insbesondere die Satzungsänderung nicht möglich. Da das Ministerium sowohl den Umweg einer Rechtsverordnung scheute, andererseits aber das nötige Notifizierungsverfahren bei der EU-Kommission versäumte, können außer bei der GmbH zunächst keine Online-Gründungen durchgeführt wer-

Die Bilanz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir haben unser Land durch die Pandemie gebracht: die Wirtschaft stabilisiert, Millionen Jobs gerettet, Milliarden Euro in die Zukunft investiert. Unsere Gesetze haben Deutschland auch abseits von Corona moderner, nachhaltiger, digitaler und sicherer gemacht. Vier Jahre – es ist eine stolze Bilanz, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktionen nach vier Jahren harter Arbeit ziehen kann. Auf einer eigenen Internetseite können Sie die Bilanz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nachvollziehen. [Klicken Sie einfach einmal hier rein.](#)

Die LSU NRW zu Besuch in Berlin

Einen guten Austausch hatte Heribert Hirte mit dem Landesvorsitzenden der LSU in NRW, Philipp Pohlmann. Hirte selbst ist seit vielen Jahren im Beirat der LSU und berät die LSU bei al-

Die innere Religionskritik im Islam – Stephanuskreis mit Dr. Ralph Ghadban

Der Stephanuskreis hatte zu seiner letzten regulären Sitzung als Referenten Dr. Ralph Ghadban eingeladen. Ghadban ist Islamwissenschaftler, Politologe und Publizist, dazu u.a. Mitbegründer der „Initiative säkularer Islam“. Als solcher beobachtet er, dass Islamkritik in vielen arabischen Ländern immer lauter wird. Vor allem unter jungen Muslimen ist dieser Trend zu beobachten. Über dieses Thema hat Ghadban auch ein Buch veröffentlicht. Für ihn sind die kritischen Religionsgelehrten, Blogger und Youtuber „Allahs mutige Kritiker“. Sie entdecken die Zeit der islamischen Aufklärung von einst, an die sie heute wieder anknüpfen möchten.

[Mehr Hintergründe zu Ghadbans Vortrag finden Sie im Interview mit dem Deutschlandfunk.](#)

Kurz informiert

Der Deutsche Bundestag hatte die Einführung von eigenen „Kinderrechten“ ins Grundgesetz diskutiert. Die Große Koalition konnte sich aber schlussendlich auf keine Formulierung einigen. Worum es bei dem letzten Gesetzesentwurf ging und was vor allem die tatsächlichen Folgen für Kinder und Familien gewesen wären, hat Heribert Hirte im [Radiogespräch mit dem SWR erklärt](#).

Viele Unternehmen würden **Online-Aktionärstreffen** gerne über die Coronakrise hinaus beibehalten. Doch das Format war ein Notbehelf – mit massiven Einschränkungen vor allem für die Kleinaktionäre. Die Aktionäre brauchen ihre vollen Beteiligungsrechte zurück. Heribert Hirte plädiert dafür, eine Übergangslösung für die Saison 2022 zu schaffen. [Lesen Sie mir auf Capital.de](#)

Die [Börsenzeitung](#), [der Business Insider](#) und [RTL](#) griffen die Verabschiedung des zweiten Führungspositionengesetzes und damit auch von **#stayonboard** auf. „Mütter können nun auch in Vorständen eine mindestens dreimonatige Auszeit nehmen, ihr Mandat zur Haftungsbefreiung niederlegen und erhalten einen Anspruch auf Wiederbestellung. In den Fällen von Elternzeit, Pflege von Familienangehörigen oder Krankheit gilt dies genauso, aber mit Rücksicht auf wichtige Unternehmensgründe“, so Hirte.

Wie wichtig der Einsatz für politische Gefangene ist, zeigt auch das Medienecho, das international erzeugt werden kann. Durch die Unterstützung der exiliranischen Com-

munity und durch seine eigene Öffentlichkeitsarbeit hilft Heribert Hirte, das Schicksal von **Nahid Taghavi** weltweit sichtbar zu machen. Hier finden Sie zahlreiche Artikel, aber Vorsicht, die Artikel sind auf Persisch: [VOA News](#), [Erem News](#), [Radio Farda](#) und die Deutsche Welle.

Nur scheinbar stehen Henry Bormann (Mitglied der MIT-Energiekommission) und Heribert Hirte sich in einem Pro/Contra im neuen Mittelstandsmagazin der Mittelstands- und Wirtschaftsunion gegenüber. Beide diskutieren die Frage „**Brauchen wir einen staatlich festgelegten CO2-Preis?**“ Und weil auch beide Autoren in der CDU engagiert sind, fällt ihnen doch dieselbe Antwort ein: Wir brauchen einen marktwirtschaftlichen Mechanismus! Warum und in welchen Rahmen Heribert Hirte dafür plädiert, dass wir zunächst staatlicherseits den Preis für CO2 festlegen müssen, um mehr Verbindlichkeit zu gewährleisten, [lesen Sie hier](#).

Die **Arbeit im Stephanuskreis** ist auch immer ein Kampf um das Ansehen des Menschenrechts „Religionsfreiheit“. In Deutschland, aber auch in Europa insgesamt, möchten wir oft nicht genau hinsehen, wenn es darum geht, dass Menschen aufgrund ihres Glaubens oder eben auch Nicht-Glaubens verfolgt werden. Dabei können Religionen als Teil der Lösung dienen, wenn es darum geht, interkulturelle Toleranz zu entwickeln und mehr Verständnis füreinander zu entwickeln. Darüber hat Heribert Hirte mit dem [Radiosender ERF Medien Deutschland](#) gesprochen.

Querblick

UPDDATE Nahid Taghavi

In Teheran hat mittlerweile der Prozess gegen die inhaftierte Kölnerin Nahid Taghavi stattgefunden, zunächst aber ohne Ergebnis. Der Architektin wird „Propaganda gegen den Staat“ vorgeworfen. Es ist unklar, wann der Prozess fortgeführt wird. Der Richter hat Taghavi eingeräumt, sich erneut mit seiner Mandantin und der Staatsanwaltschaft auszutauschen. Mehr Hintergründe erfahren Sie in einem Artikel von T-Online, in dem sich auch Heribert Hirte äußert.

Derweil hatte der politische Einsatz von Heribert Hirte für Nahid Taghavi einen Teilerfolg. Am vergangenen Freitag beschlossen die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam einen Antrag gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran. Dort explizit aufgeführt: Die willkürliche Verhaftung von Nahid Taghavi. Ein solcher interfraktioneller Beschluss

ist eine Seltenheit, wobei Hirte mit Blick auf den Iran zu mehr Zusammenarbeit aufrief: „Es ist richtig den interfraktionellen Schulterschluss zu suchen, gleiches gilt auch für die europäische Ebene.“

Helfen Sie mit, unsere Kölner Mitbürgerin aus dem Evin-Gefängnis zu befreien. Und es geht ganz einfach, Sie müssen nur einen Brief schreiben. Je mehr Aufmerksamkeit der Fall Taghavi in der freien Welt bekommt, desto größer ist die Chance, dass diese Menschen in

ihrer Haft gut behandelt werden. Hierfür können Sie nun kostenlos Briefmarken bei der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte anfordern. [Hier geht es zu der Aktion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte](#).

Die Anschrift des Evin-Gefängnis:

Ms. Nahid Taghavi
Evin Prison
Kachou Alley
Tehran
Islamic Republic of Iran

